

Antrag

der Abg. Fuchs und Scheinast betreffend eine Allianz der Regionen für einen europäischen
Atomausstieg

2016 gedenken wir der Atomkatastrophe von Tschernobyl zum 30. Mal, jener von Fukushima zum 5. Mal. Diese Katastrophen haben große Gebiete unbewohnbar gemacht, vielen Menschen die Heimat geraubt und gefährden noch für eine unabsehbare Zeit die Gesundheit der Menschen.

In der Europäischen Union zeichnen sich 2016 in Bezug auf die Energiepolitik historische Weichenstellungen ab: 2016 soll laut Kommissar Maroš Šefčovič das Jahr der Ergebnisse für die europäische Energieunion werden. Im Rahmen ebendieser Verhandlungen zur Schaffung der Energieunion fordern allerdings mehrere EU-Mitgliedstaaten eine Förderung von Atomkraft. Gemeinsam mit Nuklear-Lobbyistinnen und Lobbyisten fordern sie eine Renaissance der Atomkraft und vertreten die gefährliche Auffassung, Atomkraft solle als - scheinbar - umweltfreundliche Zukunftstechnologie eine wichtige Rolle einnehmen.

2016 prüft der EuGH die Vereinbarkeit einer Einführung von AKW-Einspeisetarifen, wie beim britischen AKW-Projekt Hinkley Point C geplant, bezüglich der Vereinbarkeit mit den Regeln des EU-Binnenmarktes. Für die Realisierung des Projekts Hinkley Point C in UK wären Milliardensubventionen zu Lasten der Stromverbraucherinnen und -verbraucher erforderlich, aber auch andere geplante AKW-Neubauten in Europa würden sich - bei Regelkonformität - dieses Modells bedienen. Es ist schwer nachvollziehbar, warum die jahrzehntealte Hochrisikotechnologie Atomkraft mit Milliarden unterstützt werden soll. Angesichts der deutlich gesunkenen Preise für Erneuerbare Energien ist dies geradezu absurd.

Gerade vor dem Hintergrund eines Weltklimavertrages von Paris stehen die Tore im Jahr 2016 weit offen für eine Energiewende und den Ausbau der zukunftssträchtigen Erneuerbaren Energieträger. Die Forderung nach einer AKW-Renaissance konterkariert den Ausbau der Erneuerbaren diametral und widersetzt sich den Chancen der Energiewende.

Am 2. März 2016 erfolgte in Brüssel das Gründungstreffen für eine überparteiliche "Allianz für einen europäischen Atomausstieg", bei dem sich acht Europäische Regionen versammelt und ihre [Grundsatzklärung](#) unterzeichnet haben. Die "Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg" formierte sich, um diesem atomtechnischen Irrweg für die europäische Energiepolitik ein starkes Signal entgegenzusetzen. Europas Energiepolitik steht vor der Weichenstellung zwischen einem Ausstieg aus der Atomkraft und damit dem Durchbruch für die Europäische Energiewende oder einer Renaissance der AKW-Uralt-Technologie mit möglicherweise neuen Blöcken in Temelin, Dukovany, Bohemice oder Paks. In dieser Entscheidungsphase kann der starken Atom-Lobby erstmals gemeinsam entschieden entgegnet werden.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird ersucht,

1. der [Allianz für einen europäischen Atomausstieg](#) beizutreten und die gemeinsame Erklärung der Allianz zu unterzeichnen.
2. Dieser Antrag wird dem Ausschuss für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zur weiteren Beratung, Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.

Salzburg, am 27. April 2016

Fuchs eh.

Scheinast eh.